

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Ursula Biester
Ausschussmitglied Brigitte Klee
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied SPD-Fraktion

Stellv. Ausschussvorsitzende Nurhayat Bakir
Ausschussmitglied Petra Kolbe
Ausschussvorsitzender Uwe Reese

Mitglied Gruppe Grüne/WBV/Piraten

Ausschussmitglied Rainer Büscher
Ausschussmitglied Sigrid Linsen-Steiner

Mitglied FW-Fraktion

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Mitglied "Die Linke"

beratendes Mitglied Al-Chafia Hammadi

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes
beratendes Mitglied Joachim Stasch

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleitung 53 Christof Rübsamen
Fachbereichsleitung 51 Carsten Feist
Fachbereichsleitung 50 Jörg Sieberns

Jobcenter Wilhelmshaven

Geschäftsführer Wolfgang Burkert

von der Verwaltung

Fachbereichsleitung 50 Peter Albers

Protokollführerin

Protokollführerin Susanne Bödeker

Gäste

2 Pressevertreterinnen der „Wilhelmshavener Zeitung“

2 Zuhörerinnen

Es fehlte entschuldigt

beratendes Mitglied Manfred Kaluza

Grundmandat Barbara Ober-Bloibaum

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Vorlagen an den Rat
- 3.1 Antrag der SPD-Fraktion auf Verbesserung der Methadon-Versorgung in **511/2012** Wilhelmshaven
- 4 Mitteilungen und Anfragen
- 4.1 Bericht über die Arbeit des Jobcenters Wilhelmshaven durch den Geschäftsführer Herrn Burkert
- 4.2 Vortrag zum Sachstand des Bildungs- und Teilhabepaketes durch den Referatsleiter 5 (Herrn Feist)
- 4.3 Sachstand zu den Kosten der Unterkunft
- 4.4 Wahl des Seniorenbeirates

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Reese, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

Die Genehmigung des Protokolls des öffentlichen und nichtöffentlichen Teils der Sitzung vom 26.01.2012 erfolgt in der nächsten Sitzung.

3 Vorlagen an den Rat

3.1 Antrag der SPD-Fraktion auf Verbesserung der Methadon-Versorgung 511/2012 in Wilhelmshaven

Frau Bakir trug die Vorlage der SPD-Fraktion vor.

Herr Möhle stellte fest, dass dieses Thema bereits seit Jahren im Ausschuss behandelt werde. Die Stadt sei für die Versorgung Suchtkranker jedoch nicht zuständig. Die Stadt könne Gespräche führen oder sich für geeignete Räumlichkeiten einsetzen, ansonsten sei die Kassenärztliche Vereinigung (KV) die richtige Ansprechpartnerin.

Frau Biester ergänzte, dass das Problem vor allen Dingen auf der Ärzteseite bestehe; die Ärzte wollen diesen Personenkreis nicht in ihrer Praxis haben. Außerdem hätten die Ärzte eine ca. 1-wöchige Zusatzausbildung zu absolvieren. Aber auch ohne diese Ausbildung könnte ein Arzt zwei bis drei Patienten mit Methadon versorgen. Wenn jeder Arzt zwei Patienten versorge, wäre das Problem in Wilhelmshaven vom Tisch.

Frau Meyer-Machtemes gab zu bedenken, dass man niemanden zu dieser Aufgabe zwingen könne. Sie regte an, bei Bedarf eine Stellungnahme des Leiters der Fachstelle Sucht anzufordern.

Herr Stoffers schilderte die Historie dieses Themas seit dem Jahr 2000 (sh. Anlage).

Es gebe keinerlei kommunale Zuständigkeit für diesen Bereich. Der Sicherstellungsauftrag liege bei der KV. Die Stadt greife ansonsten in die Rechts- und Finanzierungsbeziehung der KV und der Ärzteschaft ein. Das zur Verfügung stellen von Räumlichkeiten erfolge auf freiwilliger Basis. Die bisherigen Gespräche mit der KV und den Ärzten seien gescheitert.

Herr Stoffers bat aus den o.g. Gründen darum, keinen erneuten Auftrag an die Verwaltung zu diesem Thema zu geben.

Herr Reese stellte fest, dass die KV das Thema in der Öffentlichkeit so darstelle, als ob die Stadt in der Pflicht wäre.

Herr Dr. Rübsamen erläuterte auf eine Frage von Frau Linsen-Steiner, dass es sich bei den Substituierenden um einen kleinen Kreis von Suchtkranken handle, nämlich ausschließlich Heroinsüchtige. Um an der Substitution teilzunehmen, gebe es ein umfassendes Regelwerk mit einem psychosozialen Begleitprogramm bei der Diakonie. Zurzeit seien ca. 100 Personen vermerkt, wobei davon auch einige nach z.B. Varel oder Oldenburg fahren.

In der Ausgabestelle (in den Räumlichkeiten der Lehrerwohnung der ehemaligen Ruseler Schule) würden die Substituierenden i.d.R. einmal pro Woche ihre Wochenration meist als Rezept entgegennehmen. Da dort in den letzten Monaten keine neuen Personen mehr aufgenommen wurden, handelt es sich um Personen, die bereits seit 6 Monaten oder länger betreut werden. Dieser Personenkreis erhalte grundsätzlich die Rezepte. Ein Neueinstieg in die Substitution sei hier nicht möglich.

Jeder Arzt ohne Zusatzausbildung könne bis zu drei Patienten versorgen. Einmal im

Quartal müsse dann ein qualifizierter Kollege beteiligt werden. Die Ärzte seien u. a. wegen der z. T. rechtlich komplizierten Materie dazu nicht bereit.

Der Ausschuss stellte den Antrag der SPD vorerst zurück. Es ist beabsichtigt, in einer der nächsten Sitzungen mit Vertretern aller Beteiligten (KV, Ärzteschaft, Kostenträger) zu sprechen.

4 Mitteilungen und Anfragen

4.1 Bericht über die Arbeit des Jobcenters Wilhelmshaven durch den Geschäftsführer Herrn Burkert

Herr Burkert erörterte ausführlich die beigelegte Unterlage (s. Anlage).

Die Zahl der Widersprüche bezogen auf die Mietkosten sei erheblich zurückgegangen, nachdem ein Institut mit der Berechnung der Miethöchstbeträge beauftragt wurde.

Außerdem würden die KundInnen bei Widersprüchen vermehrt zu klärenden Gesprächen über die Inhalte der Bescheide eingeladen.

Frau Linsen-Steiner fragte, warum so viele Arbeitslose ohne Schul- und Berufsausbildung nach Wilhelmshaven kämen. Sie habe den Eindruck eines Arbeitslosentourismus, der sich u.U. an der großen Zahl bezahlbarer Wohnungen und der geringen Zahl von Arbeitsplätzen orientiere.

Herr Burkert teilte mit, dass man bei Zuzügen einen Anteil von ca. 15 % aus anderen Bezirken feststellt, was einen relativ hohen Wert darstelle. Dieses Problem habe auch die Stadt Bremerhaven.

In Befragungen habe man erfahren, dass Hinweise von anderen Jobcentern auf den ausreichenden Wohnungsbestand in Wilhelmshaven gegeben wurden.

Trotz des Zuzuges haben sich die Zahlen der HilfeempfängerInnen insgesamt positiv entwickelt. Dies führe man auf die Altersstruktur in diesem Bereich zurück. Ältere Erwerbstätige gingen vermehrt in Rente, wodurch Arbeitsplätze frei würden, die z.T. von den Arbeitslosen besetzt werden könnten.

Frau Meyer-Machtemes fragte nach der Instrumentenreform für Personen mit multiplen Vermittlungshemmnissen. Diese Zielgruppe habe vielfältige Problemfelder, aktuell gekürzte Haushaltsmittel machten eine Betreuung schwieriger.

Herr Burkert erklärte, dass das Instrument „Arbeitsgelegenheit“ zurückgefahren werden solle. Die genauen Vorgaben seien noch nicht bekannt, aber man rechne mit Kürzungen von über einer Mio. €. Man habe die laufenden Maßnahmen jedoch so aufgebaut, dass man in diesem Jahr noch nicht so stark belastet würde.

Auf Nachfrage von Herrn Möhle zur Kundenzufriedenheit erläuterte Herr Burkert, dass halbjährlich eine bundesweite telefonische Kundenbefragung von einem Institut durchgeführt werde. Die befragten 200 Personen hätten dem hiesigen Jobcenter die Schulnote 2,7 gegeben.

Herr Möhle verwies auf eine Beschwerde aus dem Mehrgenerationenhaus, wonach

Zuschüsse aus dem Teilhabepaket für Nachhilfe schleppend und für lediglich ¼ Jahr bewilligt worden seien.

Herr Feist antwortete, dass dies vom Niedersächsischen Kultusministerium so gewollt sei. Die Bewilligungsbehörden benötigen eine Bescheinigung der Schule über die Notwendigkeit der Nachhilfe. Das Ministerium habe die Wirksamkeit dieser Bescheinigung für lediglich 3 Monate vorgesehen. Trotz Protesten der Betroffenen würden weiterhin für ein Schuljahr 4 Bescheinigungen benötigt, was den Verwaltungsaufwand stark erhöhe.

Anfang 2011 sei eine große Anzahl von Anträgen zu bewältigen gewesen. Aktuell erfolge die Bewilligung nun innerhalb weniger Tage.

4.2 Vortrag zum Sachstand des Bildungs- und Teilhabepaketes durch den Referatsleiter 5 (Herrn Feist)

Herr Feist informierte anhand einer Power-Point-Präsentation (s. Anlage) über die Grundzüge des „Bildungs- und Teilhabepaketes“.

Das Antragsformular für die verschiedenen Leistungen sei hier entwickelt worden und wurde schon von einigen Kommunen übernommen. Man habe mit dem Antrag das Ziel einer möglichst einfachen Beantragung verfolgt.

Vor allem bei den Ergebnissen im Bereich der Lernförderung sehe er Probleme. Es seien ausschließlich versetzungsgefährdete SchülerInnen förderfähig. Kinder, die zum Beispiel den Aufstieg von der Haupt- zur Realschule mit Förderung schaffen könnten, erhielten mit „normalen“ Zensuren keine finanzielle Unterstützung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket.

Herr Feist beschrieb die umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit zu den einzelnen Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes, die Jugendamt und Jobcenter durchgeführt haben.

So habe beispielsweise eine Schule 60 Anträge bereits vorausgefüllt, damit die Eltern diese auch wirklich abgeben. Von den 60 erreichten 5 die Behörden.

Ohne Antrag sei die Förderung nach dem SGB jedoch nicht möglich. Herr Feist plädierte für eine institutionelle Förderung z.B. direkt durch die Schule, anstatt eines indirekten Rechtsanspruches.

Herr Feist wies darauf hin, dass der Ertragsüberschuss aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für die Schulsozialarbeit eingesetzt werde.

4.3 Sachstand zu den Kosten der Unterkunft

Herr Sieberns trug zu dem Thema vor (s. Anlage). Er erläuterte die Berechnung der Miethöchstbeträge seit 2005 bis zur Beauftragung des IWU-Institutes. Die Miethöchstbeträge seien aktuell ab 01.01.2012 bei allen Personengruppen aufgrund des aktuellen IWU-Gutachtens angehoben worden. Insgesamt sei festzustellen, dass die Miethöchstbeträge nun akzeptiert werden, was von Herrn Reese und Herrn Burkert bestätigt wurde.

4.4 Wahl des Seniorenbeirates

Herr Albers informierte, dass die Wahlperiode des Seniorenbeirates am 31.03.2012 ablaufe.

Seit Anfang diesen Jahres habe man versucht, Wahlvorschläge zu erhalten:

Dazu wurden 85 Einrichtungen angeschrieben, wovon lediglich 5 jeweils 2 Personen vorschlugen. Aus diesen 10 Personen hätte man den Beirat mit 7 Personen gewählt mit nur 3 Ersatzmitgliedern. Wegen der relativ hohen Personalfuktuation im Beirat seien die 3 Ersatzmitglieder für die gesamte Wahlperiode nicht ausreichend gewesen.

Man habe sich deshalb entschieden, die Wahl zum jetzigen Zeitpunkt nicht durchzuführen. Der bisherige Beirat führe die Geschäfte in der Zwischenzeit weiter. Man wolle in der Zwischenzeit die Wahlordnung überarbeiten, um eine größere Akzeptanz im Wählerkreis zu erreichen.

Herr Möhle gab zu bedenken, ob sich der Seniorenbeirat nach einer solch geringen Beteiligung für die Zukunft nicht in Frage stelle.

Herr Stoffers möchte vor einer endgültigen Entscheidung zunächst die Resonanz nach Änderung der Wahlordnung abwarten.

Sollte diese zu keinem besseren Ergebnis führen, müsse man die Zukunft des Beirates überdenken.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:30 Uhr

Dezernent

Vorsitzende/r

Protokollführer/in